

Antrag 66/I/2023

KDV Neukölln

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Wiedervorlage LPT II-2023 (Konsens)

Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten

1 **1. Unsere Ausgangslage**

2 Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine
3 im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche und
4 europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg und
5 die Verübung grausamer Kriegsverbrechen durch die rus-
6 sischen Besatzer führen dazu, dass Millionen Menschen
7 aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut den Vereinten Na-
8 tionen sind insgesamt rund acht Millionen Menschen aus
9 der Ukraine geflohen. Es gibt rund sechs Millionen Bin-
10 nenvertriebene. Die russische Kriegsführung zerstört ziel-
11 gerichtet die ukrainische Bevölkerung und die zivile Infra-
12 struktur. Es gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund
13 der EU und NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung
14 zu unterstützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen
15 und Russland die Konsequenzen seines imperialistischen
16 Angriffskrieges deutlich zu machen.

17
18 Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforde-
19 rungen an Deutschland und seine Partner hat Bundes-
20 kanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" beti-
21 telt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Än-
22 derung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden.
23 Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrit-
24 tig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensi-
25 ver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie
26 in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft
27 nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern
28 auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen-
29 und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Hinterfragt
30 werden muss das Hinnehmen des Sterbens von geflüchte-
31 ten Menschen an Europas Außengrenzen. Auch Auslands-
32 einsätze wie zum Beispiel in Afghanistan oder Mali müs-
33 sen im Hinblick auf Zielsetzung, Folgen und Konsequen-
34 zen sowie die Qualität der nationalen und europäischen
35 Kapazitäten zur Landes- und Bündnisverteidigung analy-
36 siert werden.

37
38 Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplanken und Mög-
39 lichkeiten der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik
40 überprüfen und festlegen, wie sie sich in den nächsten
41 Jahren und Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser Prozess
42 muss durch einen umfassenden Diskussionsprozess in der
43 Partei begleitet werden. Dieser Antrag ist ein Beitrag zur
44 Debatte um die zukünftige Ausrichtung sozialdemokrati-
45 scher Außen- und Sicherheitspolitik.

46
47 **2. Unsere Säulen sozialdemokratischer Außen- und Si-**

48 cherheitspolitik

49 Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie
50 ruht auf einem festen Fundament, wie es in der allgemei-
51 nen Erklärung der Menschenrechte mit dem Recht auf Le-
52 ben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen festgeschrie-
53 ben wurde. Willy Brandt hat das Ziel der weltweiten „Frei-
54 heit von Not und von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser
55 Anspruch und deshalb sind wir dem Eine-Welt-Gedanken
56 verpflichtet.

57

58 Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch weltweite
59 Entwicklungen: durch wachsende soziale Ungleichheiten
60 - national und global -, humanitäre Krisen, die Rückkehr
61 des Rechts des Stärkeren in Form von Autokratien und
62 Diktatoren. Sie ist ebenso bedroht durch den systema-
63 tischen Abbau bürgerlicher Freiheiten und die Untergra-
64 bung der Menschenrechte, durch existenzielle Bedrohun-
65 gen für diejenigen, die unabhängig journalistisch arbei-
66 ten, und Einschränkungen in der Unabhängigkeit von Ge-
67 richten, Rechtsprechung und Wahlverfahren für Richter-
68 innen und Richter. Grundlage einer gedeihlichen Entwick-
69 lung sind offene Gesellschaften, die ihren Mitgliedern den
70 Kampf für ihre Rechte ermöglichen. Ohne die Gleichheit
71 der Rechte aller Menschen bleibt Freiheit von Not und
72 Furcht nur Stückwerk.

73 Die Freiheit von Not und Furcht wird auch bedroht durch
74 die fortschreitende Klimakrise, die Menschen ihre Exis-
75 tenzgrundlage nimmt und vielen Millionen weiteren zu
76 nehmen droht.

77

78 Unser Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik ist
79 breit, weil wir nicht auf eine kurzfristige sektoral begrenz-
80 te, sondern eine langfristige und werteorientierte Per-
81 spektive setzen, die ein friedliches, respektvolles Mitein-
82 ander ermöglichen: Es muss neben den u.U. lebensretten-
83 den Erfordernissen von Schutz und Verteidigung stets die
84 langfristige menschliche Sicherheit aller - insbesondere
85 von Frauen, Kindern und marginalisierten Gruppen - mit-
86 denken, die Folgen für Energieverbrauch und fortschrei-
87 tenden Klimawandel, die Folgen für wirtschaftliche Be-
88 ziehungen und den Ausbau von sozialen und politischen
89 Menschenrechten gerade auch im globalen Süden.

90

91 Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat Russ-
92 land die kollektive Sicherheitsordnung Europas nach der
93 Schlussakte von Helsinki 1975 verlassen. Wir haben seit
94 2014 gelernt, dass Verflechtung durch Handel allein kei-
95 nen Frieden in Europa und auch anderswo garantiert.

96

97 Eine sozialdemokratische Friedens- und Sicherheitspoli-
98 tik erfordert also eine stetig entlang transparenter Krite-
99 rien und Werte weiterzuentwickelnde und anpassungsfä-
100 hige Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheitliche Her-

101 angehensweise, die Sachstände, Bewertungen und strate-
102 gische Vorausschau aus allen relevanten Ministerien kon-
103 tinuierlich einfließen und auf allen Ebenen miteinander
104 abgestimmt werden (sog. Vernetzte Ansatz). Für sein Ge-
105 lingen muss die Bundesregierung die notwendigen insti-
106 tutionellen Strukturen schaffen.

107

108 Wir sehen folgende Prüfsteine als wesentlich für ei-
109 ne langfristig erfolgreiche sozialdemokratische Friedens-
110 und Sicherheitspolitik an:

- 111 • Aus den historischen deutschen Erfahrungen des 20.
112 Jahrhunderts gespeiste bewährte Zurückhaltung im
113 Einsatz militärischer Mittel, eine Stärkung und Wei-
114 terentwicklung des Völkerrechts sowie eine langfris-
115 tige und vorausschauende Friedenssicherung.
- 116 • Enge und frühzeitige, kontinuierliche Abstimmung
117 mit den Bündnispartnern in EU und NATO unter Ein-
118 beziehung der jeweiligen Interessen der Partner so-
119 wie eine in Absprache mit den Partnern komple-
120 mentäre und arbeitsteilige Schwerpunktsetzung
121 der deutschen Fähigkeiten zur Landes- und Bündnis-
122 verteidigung.
- 123 • Strategisch breit fundierte und jeden Einzelfall ab-
124 wägende Entscheidungsfindung. Offene Kommuni-
125 kation, gerade auch über das Lernen aus Fehlern und
126 Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstkorrektur.
- 127 • Aufrechterhaltung von Gesprächskanälen auch mit
128 politischen Akteuren, die nicht entsprechend un-
129 serem Wertesystem oder sogar völkerrechtsverlet-
130 zend handeln, um zu jedem wünschenswerten Zeit-
131 punkt diplomatische Schritte gehen zu können, bei
132 gleichzeitiger maximaler Klarheit über den eigenen
133 politischen Standpunkt. Die Aufrechterhaltung von
134 Gesprächskanälen darf einer entschlossenen Politik
135 nicht im Wege stehen.
- 136 • Die zunehmende Verbreitung von Massenvernich-
137 tungswaffen verlangt weiterhin eine konsequente
138 Politik der effektiven Rüstungskontrolle mit dem
139 langfristigen Ziel der Rüstungsbegrenzung und der
140 Perspektive einer Abrüstung. Wir setzen uns wei-
141 terhin für eine internationale Ächtung des Einsatz-
142 zes von Atomwaffen ein und bekräftigen unser Ziel
143 einer atomwaffenfreien Welt- gleiches gilt für Bio-
144 und Chemiewaffen. Dies wird allerdings nur in ei-
145 nem internationalen Kontext stattfinden können.
- 146 • Ein von der Bundesregierung umzusetzender Ver-
147 netzter Ansatz: Bei jedem Einsatz zur Friedenssi-
148 cherung werden von Beginn an alle einschlägigen
149 Ressorts beteiligt und auf Gegebenheiten vor Ort
150 wird eingegangen. Die Entwicklungszusammenar-
151 beit darf dabei neben sicherheitspolitischer Pla-
152 nung keine untergeordnete Rolle einnehmen.
- 153 • In der Entwicklungszusammenarbeit muss die qua-

154 litative Nachhaltigkeit der Erfolge zentral sein. Wir
155 wirken darauf hin, dass die Entwicklungszusam-
156 menarbeit Wirtschaften stärkt und Arbeitsmärkte
157 aufbaut, die insbesondere Frauen, jungen Men-
158 schen und marginalisierten Gruppen langfristige
159 Perspektiven zum sozialen Aufstieg in ihren Heimat-
160 ländern bietet.

- 161 • Zielorientierte Einpassung in die 17 globalen
162 Nachhaltigkeitsziele, welche die Generalver-
163 sammlung der Vereinten Nationen 2015 einmütig
164 verabschiedet hat.
- 165 • Verfolgung des Ziels des Pariser Klimaabkommens
166 - das heißt, die Begrenzung der Erderwärmung auf
167 deutlich unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5 Grad.
- 168 • Globale Ungleichheit in der Struktur unserer
169 Wirtschafts- und Handelsbeziehungen schadet
170 nachhaltig unserer gemeinsamen Sicherheitsinter-
171 essen. Die Dekolonialisierung der internationalen
172 Wirtschaftsbeziehungen ist ein wichtiges Ele-
173 ment der Friedenspolitik. Deshalb unterstützen
174 wir Systeme des Fairen Handels und setzen uns
175 für ein wirkungsvolles EU-Lieferkettengesetz ein.
176 Wir fördern die Verarbeitung von Rohstoffen zu
177 Weltmarktprodukten vor Ort.

178

179 **3. Internationale Organisationen stärken**

180 Die Zeitenwende global zu verstehen, bedeutet auch, dass
181 wir seit Jahren bestehende Paradigmen der deutschen Po-
182 sitionierung im multilateralen Raum überdenken und ge-
183 mäß unseres Anspruchs einer gerechten und kooperati-
184 ven Welt anpassen müssen. Hierfür benötigt es strategi-
185 sche Partnerschaften und Allianzen mit Ländern aller Re-
186 gionen und Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-
187 genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

188

- 189 • Die EU soll wichtigster Orientierungs- und Hand-
190 lungsrahmen für die deutsche Außen- und Sicher-
191 heitspolitik werden. Um die rüstungs- und vertei-
192 digungspolitischen Ziele der Zeitenwende nachhal-
193 tig und politisch tragbar umzusetzen, braucht es ei-
194 ne engere Verzahnung der Beschaffungspolitik mit
195 den EU-Partnern als bisher. Es gilt, eine gemein-
196 same Beschaffungsstrategie so anzugestalten, dass
197 Interoperabilität der Rüstungssysteme und Lasten-
198 teilung in den Produktions- und Verteidigungskapa-
199 zitäten der gesamten EU sichergestellt sind. Hierfür
200 benötigt es kurz- und mittelfristig höhere politische
201 und finanzielle Investitionen.
- 202 • Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
203 auch die zentrale Rolle der NATO sowie der USA
204 als Garanten für die europäische Sicherheit deut-
205 lich gemacht. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir
206 die Anhebung der Verteidigungsausgaben durch die

207 Mitgliedsstaaten. Mittelfristig muss an die Stelle
208 des 2%-Ziels eine mehrjährige, an den wirtschaftli-
209 chen und beschaffungstechnischen Kapazitäten der
210 Mitgliedstaaten orientierte arbeitsteilige Investiti-
211 onsstrategie treten, welche die Wehrhaftigkeit und
212 Einsatzfähigkeit des Bündnisses garantiert und be-
213 stehende Lücken schließt.

214 • Eine Stärkung der Vereinten Nationen als wichtigs-
215 tes Gremium der internationalen Verhandlungen
216 und Konfliktlösung kann nur durch ein aktives und
217 kooperatives Verhalten Deutschlands und der EU in-
218 nerhalb der Vereinten Nationen erfolgen. Dazu ge-
219 hört der strategische und am globalen Gemeinwohl
220 orientierte Austausch mit den Staaten des Globa-
221 len Südens, die sich innerhalb der Vereinten Na-
222 tionen zur G77 zusammengeschlossen haben. Ver-
223 trauensbildende Maßnahmen könnten u.a. die akti-
224 ve Beteiligung der EU an den Verhandlungen eines
225 verpflichtenden Abkommens über Wirtschaft und
226 Menschenrechte, Zugang zu Medikamenten und
227 Impfstoffen sowie der Einsatz für eine Zinsabsen-
228 kung in der Kreditvergabe der internationalen Ent-
229 wicklungsbanken an Staaten des globalen Südens
230 sein.

231 • Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
232 Russland gegen die in der Schlussakte von Helsin-
233 ki beschlossenen und durch die Charta von Paris
234 (1990) bekräftigten Prinzipien der OSZE verstoßen.
235 Das Gremium kann in Folge der russischen Aggressi-
236 on derzeit seiner Aufgabe als Dialogforum der pan-
237 europäischer Sicherheit nicht nachkommen. Mit-
238 telfristig - nach einem Rückzug russischer Truppen
239 aus den ukrainischen Gebieten - könnte die OSZE in
240 einer signifikant veränderten sicherheitspolitischen
241 Landschaft abermals ihre Aktivitäten wieder auf-
242 nehmen, vor allem in Bereich des Vertrauensauf-
243 baus und der Transparenz.

244 • Die G7 und G20 müssen als diplomatische Foren
245 gestärkt werden. Hierzu gehören klare Strategi-
246 en und gemeinsame Zielsetzungen mit den nicht-
247 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20, z.B. im Be-
248 reich des Klimawandels, des Schutzes der natürli-
249 chen Lebensgrundlagen oder der globalen Bekämp-
250 fung von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf Scholz
251 im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub als auch die
252 Initiative der G20 einer globalen Mindestbesteue-
253 rung von Unternehmen sollten forciert werden.

254

255 **4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität fördern und** 256 **Perspektiven schaffen**

257 Internationale Solidarität, Verantwortung und Führung
258 muß fußen auf dem skizzierten Kontext der demokrati-
259 schen Wertebindung – Menschenwürde, Freiheit vor Not

260 und Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller Menschen
261 vor dem Gesetz. Stablen Fortschritt können sie nur be-
262 wirken, wenn die Folgen einer solidarischen und verant-
263 wortungsvollen Politik für Frauen und Kinder, für die Kli-
264 maentwicklung, für die Armen der Welt mitgedacht sind.
265 Unsere Forderungen sind:

266

- 267 • Wir wollen die Selbstverteidigung der Ukraine wirk-
268 sam unterstützen, um ihre Existenz zu sichern. Da-
269 von hängt ab, wie sich das Verhältnis zwischen dem
270 demokratischen Europa und Russland entwickeln
271 wird.
- 272 • Wir wollen eine Feministische Außenpolitik zur Un-
273 terstützung von Sicherheit, Freiheit, Inklusion und
274 Teilhabe.
- 275 • Wir wollen offene Gesellschaften, Rechtssicherheit
276 und Meinungsfreiheit global unterstützen. Hierzu
277 gehört die internationale Förderung einer freien
278 Pressearbeit sowie der Kampf gegen die zuneh-
279 mende Verbreitung von Fake News, beispiels-weise
280 durch den Ausbau staatlicher Medienprogramme
281 und einer stärkeren schulischen und außerschuli-
282 schen Bildungsarbeit zum Thema internationale Be-
283 ziehungen.
- 284 • Wir wollen klare Regelungen für eine menschen-
285 rechtsbasierte EU-Migrationspolitik. Der Zugang
286 zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem darf
287 nicht eingeschränkt werden. Länder und Kommun-
288 en, die Geflüchtete aufnehmen, sollen finanziell
289 unterstützt werden.
- 290 • Ursachen und Folgen der Klimakrise stehen unmit-
291 telbar im Zusammenhang mit ökonomischen und
292 sozialen Bedrohungen in Gesellschaften. Wir unter-
293 stützen es, dass westliche Staaten Schwellenlän-
294 dern mit einem hohen Kohleanteil bei der Strom-
295 erzeugung, wie Südafrika, Indonesien und Viet-
296 nam, durch "Energiewende-Partnerschaften" finan-
297 ziell dabei helfen, auf erneuerbare Energien um-
298 zusteigen. Wir fordern, solche Partnerschaften mit
299 weiteren Staaten einzugehen. Dabei stehen für uns
300 Zuwendungen an Staaten im Vordergrund, bei de-
301 nen eine Grundversorgung der Bevölkerung mit En-
302 ergie und Wasser noch im Aufbau ist, damit ih-
303 nen der Umweg über fossile Energieträger erspart
304 bleibt. Wir wollen einen stärkeren finanziellen Ein-
305 satz für den Lastenausgleich bei den Klimaverände-
306 rungen und eine Stärkung der internationalen Kata-
307 strophenhilfe.
- 308 • Eindeutige politische Unterstützung der Protestbe-
309 wegung im Iran gegen die Regierung in ihrem mu-
310 tigen Kampf um Frauen- und Freiheitsrechte; diese
311 politische Unterstützung sollte auch konkrete Maß-
312 nahmen wie wirksame Sanktionen politisch Verant-

- 313 wortlicher einschließen.
- 314 • Politische Unterstützung aller Maßnahmen der
315 Staatengemeinschaft, die den unangefochtenen
316 Fortbestand und die selbstbestimmte demokrati-
317 sche Weiterentwicklung Taiwans verfolgen.
- 318 • Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit China sind ein-
319 seitige deutsche Abhängigkeiten bei wichtigen Roh-
320 stoffen, Vorprodukten etc. zu reduzieren. Solchen
321 Abhängigkeiten, die unsere politischen Spielräume
322 beispielsweise in Bezug auf Menschenrechte ent-
323 scheidend einengen, ist durch in der Rohstoff- und
324 Industriepolitik zu begegnen, auch dann, wenn das
325 kurzfristig mit Mehrkosten verbunden ist.
- 326 • Auch angesichts der jüngsten Regierungsbildung in
327 Israel gelten für uns weiterhin die Sätze aus unse-
328 rem Grundsatzprogramm von 2007: "Deutschland
329 hat eine besondere Verantwortung für das Existenz-
330 recht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns
331 für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten
332 auf der Grundlage internationaler Verträge. Wir set-
333 zen uns für die Selbstbestimmung des palästinensi-
334 schen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen
335 palästinensischen Staates ein."

336

337 5. Ausblick

338 Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit
339 muss die Zeitenwende sich in der deutschen EU-Politik in
340 eine stärkere Integration und einer Beschleunigung des
341 stockenden Erweiterungsprozesses übersetzen. Um das
342 seit Jahren angestrebte Ziel qualifizierter Mehrheitsent-
343 scheidungen in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Si-
344 cherheitspolitik endlich zu erreichen, muss die Bundesre-
345 gierung sich für eine Kompromissfindung öffnen. Das gilt
346 auch in Hinblick auf Forderungen der Partner hinsichtlich
347 der gemeinsamen Schuldenaufnahme und dauerhaft hö-
348 herer Investitionen. Deutschland muss seine Rolle im Ge-
349 füge einer nationalen, europäischen und globalen Sicher-
350 heitsordnung finden. Das heißt Verantwortung zu über-
351 nehmen.